

Die Welt wappnet sich immer mehr

Sipri-Bericht 2024: Deutschland ist erstmals führend in Europa, die Ukraine trägt weltweit die größte Last

VON THOMAS BORCHERT

Aufallen Kontinenten klettern die Rüstungsausgaben immer schneller und fressen einen ständig höheren Anteil der Steuereinnahmen. Für 2024 hat das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri mit der Rekordsumme von 2,7 Trillionen Dollar (in Euro rund 2,4 Billionen, hiernach kontinentaleuropäische Zahlen in US-Milliarden) einen Anstieg von 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr ermittelt. Das sind im Durchschnitt 2,5 Prozent des staatlichen Bruttoinlandsproduktes (BIP) der Welt. 2023 waren es noch 2,3 Prozent. Seit 1989, mit dem Ende des Kalten Krieges, hat es keinen so scharfen Trend nach oben gegeben.

Wie bisher schon zeigen die neuen Vergleichszahlen von Sipri die gewaltige Vormachtstellung der USA. Sie stehen mit 997 Milliarden Dollar für 37 Prozent sämtlicher Militärausgaben global und für 66 Prozent in der Nato. Das gleichwohl weiter heranrückende China gab 314 Milliarden Dollar für sein Militär aus (plus sieben Prozent).

Bei den europäischen Anstrengungen, der russischen Aggression zu begegnen, hat sich Deutschland mit auf 88,5 Milliarden Dollar gestiegenen Rüstungsausgaben der Sipri-Statistik zufolge (die teils von Nato-Zahlen abweicht) erstmals vor Großbritannien und Frankreich platziert. Dahinter stehen Mehrausgaben von 28 Prozent gegenüber 2023. Deutschland landet so auf dem vierten Platz der Stockholmer „Weltrangliste“ hinter Russland und vor Indien.

Dabei ist mit einem deutschen Anteil von 1,9 Prozent am BIP noch nicht mal das inzwischen längst angehobene Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreicht. Gegen die Entwicklung in Europa mit einem Plus von 17 Prozent (auf 693 Milliarden Dollar) steht laut Sipri nur noch Malta.

Israels Plus von 65 Prozent auf 46,5 Milliarden Dollar als Folge des Krieges in Gaza ragt weltweit heraus. Russland steigerte seine Ausgaben um 38 Prozent auf 149 Milliarden Dollar, die Ukraine gab mit 64,7 Milliarden Dollar 34 Prozent ihres BIP für militärische

Zwecke aus und hatte damit die relativ höchste Last aller Staaten auf der Welt zu tragen.

Auf keinem anderen Kontinent wird derzeit so schnell aufgerüstet wie in Europa. Zu den Staaten mit den höchsten Steigerungsraten ohne direkte Kriegsbeteiligung gehören laut Sipri unter anderem Polen mit 31 Prozent und das neu in die Nato aufgenommene Schweden mit 34. Sipri erklärt die europäische Turbo-Rolle bei der Aufrüstung nicht ganz überraschend mit der „anhaltenden russischen Bedrohung und Sorgen über einen möglichen US-Ausstieg aus der (Nato-)Allianz“.

Qualifizierte Einschränkung

Die zuständige Institutssprecherin Jade Guiberteau Ricard meint zu dieser Entwicklung: „Man sollte wohl erwähnen, dass das Aufblähen der Militärausgaben allein nicht notwendigerweise zu signifikant höherer militärischer Schlagkraft oder Unabhängigkeit von den USA führen wird.“



Der „Eurofighter“ (hier beim Start in Neuburg) harrt auch seiner Ausmusterung und Ersatz. JERRY ANDRE/IMAGO

Japan steigerte seine Ausgaben um 21 Prozent und Mexiko sogar um 39 Prozent, hauptsächlich, weil der Staat zunehmend (para)militärisch gegen die Drogenkartelle vorgeht.

Auffällig ist für die Stockholmer aber vor allem Nahost. So hätten dort die Staaten „entgegen allgemeinen Erwartungen“ ihre Militärausgaben 2024 nicht angehoben, sehe man von Israel und dem Libanon (plus 58 Prozent) ab. „Die sonstigen Staaten haben als Antwort auf den Krieg in Gaza ihre Militärausgaben nicht wesentlich angehoben oder wurden durch ökonomische Zwänge davon abgehalten.“ So hat ausgerechnet der Iran trotz Beteiligung an den regionalen Konflikten mit Unterstützung von Hamas, Hisbollah und den Huthis den Militäraushalt um zehn Prozent auf 7,9 Milliarden Dollar gekürzt. Für Afrika erklärt Sipri dessen krassen Kontrast zum weltweiten Trend mit einem Minus um 6,3 Prozent durch Südafrikas Fiskalstrategie, „Wirtschaftswachstum und Sozialleistungen den Militärausgaben vorzuziehen“.



Beim Evangelischen Kirchentag in dieser Woche ist auch Frieden ein Thema. DPA

FRIEDENSFRAGEN

Ist Pazifismus naiv?

Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen.“ Der Satz Jesu aus der Passionsgeschichte steht für Deeskalation und Gewaltverzicht. Jesus sagt ihn zu Petrus, der auf Gewalt bewaffnet reagiert. Es ist ein Gegenentwurf zu derzeitiger Politik.

Die Spirale der militärischen Eskalation dreht sich rasant. Friedrich Merz stellt der Ukraine die Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern in Aussicht. Der Bundestag beschließt eine unbegrenzte Rüstungsfinanzierung. Die EU plant, 800 Milliarden Euro für Rüstung zu mobilisieren. Deutschland bereitet sich auf einen Krieg vor. Russland rüstet ebenfalls auf. Diejenigen, die mahnen, man müsse dringend die Eskalation beenden, wirken wie aus der Zeit gefallen. Das ist auch innerhalb der Kirchen der Fall. Obwohl sie an Ostern das Leben und die Auferstehung ihres gewaltfreien Messias Jesus feiern, setzen sie theologisch der hochgefährlichen Aufrüstungsdynamik so gut wie nichts entgegen.

Unter dem Motto „Friedensfähig statt kriegstüchtig“ melden sich in Hannover vom 1. bis zum 3. Mai außerhalb des offiziellen Kirchentag-Programms Christinnen und Christen zu Wort, die eine entfesselte Politik der Aufrüstung und die Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete ablehnen. „Mutig, stark und beherzt“ werben sie mit Bibelarbeiten, Vorträgen und Workshops zusammen mit 25 Friedensorganisationen für die Arbeit an einer Welt ohne Kriege. Schirmfrau ihres Ökumenischen Friedenszentrums ist Margot Käßmann.

Auf einer „unabhängigen Friedenssynode“ wird am 1. Mai ein christlich begründetes Bekenntnis verabschiedet werden. Ziel aller Bemühungen müsse sein, Frieden zu fördern, nicht Krieg vorzubereiten: „Selig sind, die Frieden stiften“. Blanke Naivität angesichts der Fakten?



„Es ist vernünftig, die Spirale der Eskalation zu durchbrechen.“

Susanne Büttner

Der Begriff „Pazifisten“ erklärt sich mit dem zitierten Satz Jesu aus der Bergpredigt. „Beati pacifici“ – selig, die Frieden machen. Friede ist eine Aktivität. Frieden machen zu wollen, ist zukunftsweisend. Vernünftig ist es daher und nicht naiv, die Spirale der Eskalation zu durchbrechen, um Kriege zu beenden oder besser noch zu verhüten. Willy Brandt war klug, als er sich im September 1971 mit Leonid Breschnew auf der Krim traf. Drei Jahre nach der brutalen Niederschlagung des Prager Frühlings hat er mitten im Kalten Krieg aktive Entspannungspolitik begonnen. Die deutsche Wiedervereinigung war die Frucht dieser Bemühungen, mit dem „Feind“ zu reden und ihn in seinen Interessen verstehen zu wollen.

Warum nur ist solche Diplomatie in der heutigen militärisch hochbrisanten Situation mit dem Potenzial zum dritten Weltkrieg in Misskredit geraten? Die westliche Politik wurde nicht müde zu betonen, man könne mit Putin nicht verhandeln. Doch zu Kriegsbeginn gab es aussichtsreiche Verhandlungen. Jetzt werden sie wieder aufgenommen.

Es stimmt: Russland hat den Krieg begonnen und bombardiert aktuell unerbittlich die Ukraine. Das ist ein Verbrechen. Umso dringlicher, aus der militärischen Konfrontation auszusteigen –

die nicht zu gewinnen ist, und der bereits Hunderttausende auf den Schlachtfeldern zum Opfer fielen. Mehrere Militärs, unter ihnen Oberst a.D. Wolfgang Richter, warnen nachdrücklich vor den Folgen weiterer Eskalation und der geplanten Aufrüstung mit Angriffswaffen. Sie weisen zudem darauf hin, dass die medial beschworene militärische Überlegenheit Russlands eine bewusst irreführende „Erzählung“ ist, die mit falschen Zahlen operiert. Viele folgen inzwischen unkritisch dieser Erzählung, dass der „Russe“ in wenigen Jahren auch Länder der Nato angreifen werde.

In der Evangelischen Kirche gibt heute beim Thema „Friedensethik“ die Militärseelsorge den Ton an. Sie wirkt aktiv am „Operationsplan Deutschland“ mit. 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs will das Ökumenische Friedenszentrum dagegen eine theologische Position einbringen, die dem Geist des Militarismus aus christlicher Sicht widerspricht.

Susanne Büttner ist Evangelische Pfarrerin in Baden-Württemberg und Initiatorin der bundesweiten Initiative Christlicher Friedensruf Hannover 2025: evangelische-friedensarbeit.de

ZUR SERIE

Menschen brauchen Frieden. Aber es herrscht Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt. Welche Wege können zum Frieden führen?

In der FR-Serie #Friedensfragen suchen Expertinnen und Experten nach Antworten auf viele drängende Fragen. Dabei legen wir Wert auf eine große Bandbreite der Positionen – die nicht immer der Meinung der FR entsprechen.

Alle Artikel finden sich auf www.fr.de/friedensfragen

Das Rote Kreuz sucht weiter

Immer noch offene Gesuche nach Weltkriegsvermissten

Die Suche nach Vermissten aus dem Zweiten Weltkrieg sollte aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) weitergeführt werden. Die Finanzierung des Projekts durch den Bund müsse auch über 2028 hinaus gewährt werden, sagte DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom Sonntag. „Aus meiner Sicht wäre es angebracht, die Nachforschungen mindestens bis 2030 weiterzuführen, eigentlich sogar bis 100 Jahre nach Kriegsende, also bis 2045.“

Im vergangenen Jahr gab es laut Hasselfeldt diesbezüglich

noch rund 7000 Anfragen an den Suchdienst. „Es gibt ein großes Interesse bei der Enkelgeneration, mehr über die Schicksale der Großeltern zu erfahren – und in manchen Fällen geht es auch um weit mehr als nur bloße Informationen“, so die DRK-Chefin. „Das war vor einigen Jahren so noch nicht absehbar, deshalb gab es auch immer wieder Diskussionen darüber, wie lange diese Aufgabe noch aufrechterhalten bleibt. Aber allein die Zahl der Anfragen zeigt, wie wichtig die Schicksalsklärung Zweiter Weltkrieg auch heute gesellschaftlich ist.“

Bis heute, 80 Jahre nach dem Ende des Weltkriegs, ist der Verbleib von gut einer Million deutscher Soldaten noch unbekannt. Das DRK geht ihrem Schicksal schon seit 1953 nach. Es gehe dabei nicht nur darum, Familien Auskunft zu geben, sondern es werde eine „gesellschaftspolitische Aufgabe“ verfolgt, betonte Hasselfeldt. „Wenn Familiengeschichte gelebt wird, trägt das dazu bei, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welch schwere Schicksale mit bewaffneten Konflikten einhergehen und dass alles getan werden muss, um diese zu vermeiden.“ kna